

Friedensinitiative Dresdens
c/o Eberhard König
Pfeifferhannsstraße 10/701
01307 Dresden
koeeby@web.de



Dresden, 22.06.2021

Sehr geehrtes Mitglied des Sächsischen Landtages,
sehr geehrtes Mitglied des Rates der Stadt Dresden,

mehr als 50 Vertreter der Zivilgesellschaft Dresdens, die sich in der Friedensinitiative Dresden zusammengeschlossen haben, und deren Sympathisanten haben sich am 22.06.2021 zu einer Gedenk- und Trauerfeier anlässlich des 80 Jahrestages des Beginns des faschistischen Raub- und Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion zusammengefunden. Sie sendeten stellvertretend für Tausende Dresdner ein Signal, dass sie sich nicht von Weltmachtstreben und ständiger Konfrontation mit neuen Feindbildern manipulieren und entmündigen lassen werden.

Die Teilnehmer empfanden Scham vor den Millionen Opfern des Krieges, dass die Mitglieder der Volksvertretungen des Landes und der Stadt, trotz Einladung nicht vermochten, sich dem Kreis der Trauernden anzuschließen. Daher dieser offene Brief. Geht es doch um nicht mehr und nicht weniger, als die Trauer in bedingungslosen Friedenswillen und gleichberechtigtes Neben- und Miteinander der Völker und Nationen münden zu lassen. Im Landtag Schweigen und für uns Friedensengagierte Platzsperre vor dem Landtag aus Gründen der Hausordnung. Nein, so ist man nicht eins mit dem Volk. Ihre Koalition vertritt in Summe nicht einmal die Hälfte der Gesamtbevölkerung und dennoch erlauben Sie sich die Deutungshoheit über das, was gut für die Menschen sein soll.

Wir empfinden es menschlich zutiefst verletzend, mit welcher Ignoranz und Arroganz aus ehrlichen Freunden der Sowjetunion nunmehr Feinde Russlands gemacht werden sollen. Mit der weitgehenden Ausblendung des 22. Juni 1941 durch die offizielle Politik der Bundesregierung, der Sie sich angeschlossen haben, beweisen Sie, dass Sie den Kurs der USA um globale Vormachtstellung unterstützen und 45 Jahre realer deutsch-russischer Geschichte 1945-1990 einfach ausblenden.

Was wir sind, verdanken wir in vieler Hinsicht der Sowjetunion und den Soldaten der Sowjetarmee – den lebenden und den toten. .

Bis 1990 gab es die Sowjetunion und damit auch Differenzen zwischen den Völkern und Nationalitäten. Diese waren nicht schlimmer als anderswo auf der Welt. 30 Jahre danach herrscht Hass, Zwietracht und Tod durch Waffen. Sie machen es sich zu einfach, wenn die Schuld dafür allein Russland zugeschoben wird. Als Bürger der DDR haben viele von uns selbst erfahren, wie und durch wen aus Freundschaft und Gemeinschaft, auch in den östlichen Bundesländern, ein zutiefst gespaltenes Volk geschaffen wird.

Die Teilnehmer der Veranstaltungen stellen sich einmütig hinter den Appell der West-Ost Gesellschaft Baden-Württemberg im Bündnis mit zahlreichen Deutsch-Russischen Freundschaftsorganisationen

„Kein kalter Krieg mit Russland - Hört auf damit!

www.russlandbruecke.de/kein-kalter-krieg-mit-russland-hoert-auf-damit/

Wenn Sie sich Ihrem Gewissen verpflichtet fühlen und unserm Denken und Handeln nahe stehen, bitten wir sie mit ihrer Unterschrift diesen Appell zu unterstützen.

Da die aktuelle Sicherheitsentwicklung primär durch Abschreckung, Wettrüsten und die Entwicklung immer unübersichtlicherer Kriegsszenarien gekennzeichnet ist, besteht für uns der Ausweg nur darin, solche unsäglichen Kreisläufe durch einseitige vertrauensbildende Vorleistungen zu durchbrechen. Von Sachsen als Land und Dresden als Stadt, von denen nur Frieden ausgehen darf, erwarten wir umgehend solche „Friedensangebote“ der Tat:

Wirtschaftsminister Dulig und Oberbürgermeister sollen gemeinsam mit uns bewerkstelligen, dass der zivile Flughafen Dresden vom Umschlag von Waffen, Nachschub, Zulieferung für militärische Zwecke „Enhanced Forward Presence“ und militärische Anflugübungen ausgeschlossen wird.

Ministerpräsident Kretschmer sollte von dem Vorhaben im Rahmen der Strukturentwicklung der sächsischen Lausitz abrücken, durch Neuansiedlungen der Bundeswehr den Standort Lausitz „aufzuwerten“.

Weder der Flughafen noch die Kohlereviere der Lausitz dürfen Ausgangspunkte von Gewaltandrohung gegenüber Russland sein, noch sollen sie sich als Angriffsziele profilieren. Dresden hat in seiner Geschichte dafür schon einmal bitter bezahlt.

Bereits 1785 erkannte Emanuel Kant in seiner Vision vom ewigen Frieden, *„die Beistimmung der Staatsbürger erfordert, um zu beschließen, ob Krieg sein solle oder nicht, so ist nichts natürlicher, als dass, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müssten.“*

Nur so kommen wir zum Zusammenrücken unseres Volkes und zum friedlichen und solidarischen Leben aller Völker.

Die versammelten Dresdner haben beschlossen, dass sie diese Drangsale nicht brauchen. Die Trauer um die Toten der Sowjetarmee soll im Humanismus der Tat münden.

Dr. Eberhard König, Bernd Reißmann, Dr. Friedrich Naehring
im Auftrag der Teilnehmer